

wichtigste Interesse der europäischen Arbeiterbewegung war, mit derselben Entschiedenheit warfen sie sich dem deutschen Kriege nach Sedan entgegen, der nur um die Annexion Elsaß-Lothringens geführt wurde, also um ein Ziel, dessen Erreichung, wie sie richtig voraussahen und voraus sagten, über die europäische Kultur und damit auch über die europäische Arbeiterbewegung die schwersten Gefahren heraufbeschwören mußte. Nach einer Mitteilung Baillants, der darüber vollkommen genau unterrichtet sein kann, hat Engels sogar der Regierung der französischen Republik seine militärischen Einsichten zur Verfügung gestellt, um den Einbruch der deutschen Heere in Frankreich abzuwehren. Dem scheint nun zwar die Tatsache zu widersprechen, daß Engels über die „Regierung der nationalen Verteidigung“ gleich nach ihrem Antritt im September 1870 sehr ungünstig geurteilt und die Fortsetzung des militärischen Widerstandes in Frankreich für aussichtslos erklärt hat, allein einige Monate später, als Gambetta seine Milizorganisationen mit großem Erfolge aufzubieten verstand, lagen die Dinge doch anders.

Am 16. Januar 1871 schrieb Marx an die „Daily News“: „Frankreich — und seine Sache ist glücklicherweise weit entfernt davon, verzweifelt zu sein — kämpft in diesem Augenblick nicht bloß für seine eigene nationale Unabhängigkeit, sondern auch für die Freiheit Deutschlands und Europas.“ Hat Engels diese Ansicht geteilt, was als selbstverständlich angenommen werden muß, so liegt kein innerer Grund vor, an der Angabe Baillants zu zweifeln.

\* \* \*

So scharf nun aber Marx und Engels die Annexion Elsaß-Lothringens verurteilt haben, so wenig dachten sie daran, in das französische Revanchegeschrei einzustimmen, sobald die Annexion einmal vollzogen war. Der Leitstern ihrer Politik blieb immer: „Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Zwecke alles andere unterzuordnen.“ So auch die Klagen der unterdrückten Elsaß-Lothringer. „Wenn sie am Vorabend einer sichtbar heranziehenden Revolution einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland provozieren, diese beiden Völker wieder verhezen und die Revolution dadurch vertagen wollten, so sage ich: „Halt da! Ihr könnt ebenso viel Geduld haben, wie das europäische Proletariat. Wenn das sich befreit, seid ihr von selbst frei, bis dahin aber dulden wir nicht, daß ihr dem kämpfenden Proletariat in die Parade fahrt.“ So Engels im Jahre 1882.

Die Sorge, daß die französischen Revanchegelüste einen neuen europäischen Krieg entzünden könnten, ist dieser getreue Eckardt des europäischen Proletariats nie losgeworden. Als das französisch-russische Bündnis abgeschlossen wurde, das er gemeinsam mit Marx als die verhängnisvolle Folge der deutschen Annexionspolitik von 1871 vorhergesagt hatte und im Herbst 1891 der Champagnerausrich von Kronstadt die Köpfe der französischen Bourgeoisie umnebelte, warnte Engels die französischen Arbeiter in dem Almanach du Parti ouvrier von 1892,

sich von diesem Ausrich anstecken zu lassen. Etwas später veröffentlichte er diesen Artikel auch in der „Neuen Zeit“, im ersten Bande des zehnten Jahrgangs, und da seine Ausführungen seit acht Monaten unzählige Male von der Instanzenpolitik den deutschen Arbeitern vorgeritten worden sind, so muß hier etwas länger bei ihnen verweilt werden.

Engels entwarf in diesem Artikel eine kurze Skizze der deutschen Parteigeschichte. Er zeigte das unaufhaltsame Wachstum der deutschen Sozialdemokratie und sagte ihren Sieg in etwa zehn Jahren voraus. Sie könne und werde auf revolutionäre Mittel niemals verzichten, aber einstweilen gebe sie bei gesetzlichen Mitteln vortrefflich; wenn die Bourgeois, woran kein Zweifel sei, zuerst schießen würden, so würde eine konterrevolutionäre Uebermacht den Triumph des Sozialismus vielleicht um einige Jahre verzögern, aber nur damit er dann um so vollständiger wäre.

Alles das gelte aber nur, fuhr Engels in dem zweiten Abschnitt seines Aufsatzes fort, wenn Deutschland seine ökonomische und politische Entwicklung im Frieden verfolgen könnte. Ein Krieg würde das alles ändern. Und der Krieg könnte von heute auf morgen losbrechen. Frankreich und Rußland hier, gegen Deutschland, Oesterreich, vielleicht Italien dort. Die Sozialisten aller dieser Länder, wider Willen eingestellt, müßten sich gegeneinander schlagen. So fragte Engels: Was würde die deutsche Sozialdemokratie in solchem Falle tun, was würde aus ihr werden?

Was aus ihr werden würde, sagte er wörtlich wie folgt:

Soviel ist sicher: weder der Zar, noch die französischen Bourgeois-republikaner, noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit vorübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für sie alle „der Feind“ ist. Man hat gesehen, wie Thiers und Bismarck sich die Hände gereicht haben über den Ruinen des Paris der Kommune; wir würden dann erleben, wie der Zar, Constans und Caprivi — oder ihre beliebigen Nachfolger — sich in die Arme sinken über der Leiche des Sozialismus.

Engels fragte dann weiter: Was ist gegenüber einer solchen Aussicht die Pflicht der deutschen Sozialisten? Sollen sie die Ereignisse, die ihnen Vernichtung drohen, passiv über sich ergehen lassen, sollen sie widerstandslos ihren Posten als Vorkämpfer des internationalen Proletariats aufgeben? Engels antwortete darauf, und wir geben seine Ausführungen wiederum wörtlich, schon deshalb, weil die Instanzenpolitiker, so unzählige Male sie sich darauf berufen haben, sie aus guten Gründen immer nur verstümmelt wiedergeben:

Keineswegs. Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunden, alle Stellungen zu behaupten, nicht zu kapitulieren, weder vor dem äußern noch dem innern Feind. Und das können sie nur, indem sie bis aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien. Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie. Gegenüber dem deutschen Kaiserthum kann die französische Republik möglicherweise die bürgerliche Revolution repräsentieren. Aber

gegenüber der Republik eines Constans, eines Rouvier und selbst eines Clemenceau, besonders aber gegenüber der Republik im Dienste des Zaren, repräsentiert der deutsche Sozialismus unbedingt die proletarische Revolution.

Ein Krieg, wo Russen und Franzosen in Deutschland einbrächen, wäre für dieses ein Kampf auf Leben und Tod, worin es seine nationale Existenz nur sichern könnte durch Anwendung der revolutionärsten Maßregeln. Die jetzige Regierung, falls sie nicht gezwungen wird, entfesselt die Revolution sicher nicht. Aber wir haben eine starke Partei, die sie dazu zwingen oder im Notfall sie ersetzen kann, die sozialdemokratische Partei.

Und wir haben das großartige Beispiel nicht vergessen, das Frankreich uns 1793 gab. Das hundertjährige Jubiläum von 1793 naht heran. Sollte der Eroberungsmut des Zaren und die chauvinistische Ungebuld der französischen Bourgeoisie den siegreichen, aber friedlichen Vormarsch der deutschen Sozialisten aufhalten, so sind diese — verlaßt euch darauf — bereit, der Welt zu beweisen, daß die deutschen Proletarier von heute der französischen Sanskulotten nicht unwürdig sind und daß 1893 sich sehen lassen kann neben 1793. Und wenn dann die Soldaten des Herrn Constans den Fuß auf deutsches Gebiet setzen, wird man sie begrüßen mit den Worten der Marfeillaise:

Quoi, ces cohortes étrangères  
Feraient la loi dans nos foyers?

Wie, sollen diese fremden Kohorten  
Das Gesetz uns schreiben am eigenen Herd?

Kurz und gut: Der Friede sichert den Sieg der deutschen sozialdemokratischen Partei in ungefähr zehn Jahren. Der Krieg bringt ihr entweder den Sieg in zwei bis drei Jahren, oder vollständigen Ruin wenigstens auf fünfzehn bis zwanzig Jahre. Demgegenüber müßten die deutschen Sozialisten toll sein, wünschten sie den Krieg, bei dem sie alles auf eine Karte setzen, statt den sichern Triumph des Friedens abzuwarten. Noch mehr. Kein Sozialist, von welcher Nationalität auch immer, kann den kriegerischen Triumph weder der heutigen deutschen Regierung wünschen, noch den der französischen bürgerlichen Republikaner, am allerwenigsten den des Zaren, der eins wäre mit der Unterjochung Europas. Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden.

So Engels. Es liegt auf der Hand, daß er — in der höchst anerkennenswerten Absicht, den französischen Arbeitern die Aussicht auf den Revanchekrieg wegen Elsaß-Lothringens zu verleißen — in dem Artikel eine etwas verwegene Konjunkturpolitik treibt, und für einen im Jahre 1893 etwa möglichen Krieg „tatsächliche Voraussetzungen“ macht, von denen heute nicht mehr nachgewiesen zu werden braucht, daß sie nicht zutrafen, beispielsweise nicht der etwa im Jahre 1901 schon fällige Sieg der deutschen Sozialdemokratie. In Wirklichkeit ist um diese Zeit etwa der Sieg der imperialistischen Mera eingetreten, von der Engels im Jahre 1891 nichts wußte und nichts wissen konnte, so daß schon aus diesem Grunde seine damaligen Betrachtungen für den imperialistischen Weltkrieg von 1914 nichts besagen. Sie weisen viel mehr nach rückwärts, als nach vorwärts, denn sie sind nur die breitere Ausführung eines von ihm schon 1859 geäußerten Gedankens, daß nämlich, wenn erst die Franzosen in Köln und die Russen in Königsberg ständen, die Stunde der deutschen Revolution geschlagen habe.

Es ist nun gar seltsam, daß die Instanzenpolitik, deren Vertreter sonst wohl an Engels „das leichtfertige Spiel mit dem Revolutionsfeuer“, das „schnell fertige Prophezeien“ usw. nicht genug zu tadeln wußten, in diesen Aussatz unseres Altmeisters geradezu verliebt ist. Das Rätsel löst sich jedoch, wenn man erwägt, daß einzelne, aus dem Zusammenhange gelöste Sätze geeignet sind, den Arbeitern als Sand in die Augen gestreut zu werden: Sätze, durch die nicht etwa bewiesen werden soll, daß die deutschen Arbeiter sich zur Wehre setzen müßten, wenn sie von Franzosen und Russen angegriffen werden, — denn das tun sie schon von selber, ohne eine Autorität für oder wider zu bemühen —, sondern Sätze, durch die den Arbeitern unvermerkt unter dem Schutze eines Namens, den sie mit Verehrung zu nennen gewöhnt sind, die Vorstellung eingefloßt werden soll, als hätten sie im Falle eines Krieges mit Frankreich und Rußland sich blindlings in die Arme der herrschenden Klassen zu werfen.

Bei Nacht sind unzweifelhaft alle Raken grau, aber unsere Altmeister waren weit entfernt davon, diese Tatsache auf die Kriege zu übertragen. Für sie hatte jeder Krieg sein besonderes Gesetz, und Engels selbst würde „den ganz und gar verknöcherten und blutlos gewordenen Formelmargismus“ ablehnen, der für den wirklichen Krieg von 1914 zum Evangelium machen wollte, was er für den möglichen Krieg von 1893 gefordert hat. Aber wenn die Instanzenpolitik dies Evangelium mit allen Zungen verkündigt, so sollte sie die Gläubigen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in allem das Gegenteil von dem tut, was Engels im Jahre 1891 als damals für den Sieg der deutschen Waffen notwendig gefordert hat.

Engels beanspruchte, daß die deutsche Sozialdemokratie vor dem „inneren Feinde“, worunter er die deutsche Regierung verstand, so wenig kapitulieren dürfe, wie vor dem äußeren; sie müsse die Regierung zu einer revolutionären Politik zwingen oder sie im Notfalle ersetzen. Die Instanzenpolitik hat sich im Gegenteil sofort ins Schlepptau der Regierung begeben und ohne jeden Versuch eines noch so erlaubten Widerstandes Preß- und Versammlungsfreiheit des Proletariats preisgegeben, auf dem Altar des Vaterlandes geopfert. Engels forderte von der deutschen Sozialdemokratie die Sanskulottenpolitik von 1793, und die Instanzenpolitik verkehrt jeden Parteigossen als „Quertreiber“ und „Disziplinbrecher“, wenn nicht gar als „Spitzel“, der überhaupt noch daran zu erinnern wagt, daß die deutsche Arbeiterklasse im Kriege doch nicht bloß den „stummen Hund“ spielen dürfe. Engels erklärte, kein deutscher Sozialist könne den Sieg der heutigen deutschen Regierung wünschen, und die Instanzenpolitik verkündet von diesem Siege das Morgenrot der deutschen Freiheit.

Sie mag sich für klüger halten, als Engels war; das ist ihr unanfechtbares Recht. Sie mag sogar auch klüger sein, was hier dahingestellt bleiben soll. Aber dann sollte sie auch keinen Hofuspokus mit Friedrich Engels treiben. Das schickt sich nicht, am wenigsten für die kühnen Bahnbrecher einer neuen Zukunft.

Wir haben gesehen, daß Marx, Engels und Lassalle in jedem Kriege die selbständige Politik der Arbeiterklasse als eine unerläßliche Notwendigkeit, als die oberste Pflicht der Stunde betrachtet haben. Aber die Ära der imperialistischen Kriege haben sie nicht erlebt; würden sie in ihnen einen anderen Grundsatz befolgt haben?

Bis zum 4. August 1914 war die ganze sozialistische Welt einig, die Frage zu verneinen; die Beschlüsse der Internationalen Kongresse von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1911) und Basel (1912) sind darin vollkommen klar und unzweideutig; die Marschroute, die sie den Arbeiterparteien der einzelnen Länder für den Fall eines Krieges vorschreiben, ist allein von den Interessen des internationalen Proletariats diktiert.

Danach kann sich nur noch fragen: Hätten sich Marx, Engels und Lassalle am 4. August 1914 über diese Beschlüsse hinweggesetzt, wie es die Instanzenpolitik getan hat, wohl gemerkt, ohne jede Befugnis, mit großem Bruch der Parteidisziplin und mit der Verleugung derjenigen Parteigenossen, die gewissenhaft genug sind, an den immer und allein noch rechtskräftigen Beschlüssen der Internationalen Kongresse festzuhalten?

Diese Frage wird verneint durch das ganze Leben und Wirken unserer Altmeister. Man denke sich, daß Marx im November 1912 im Münster von Basel die Finger gereckt hätte, um „ein Menetekel in Flammenschrift an die Wände der Paläste der Könige, der Minister und Botschafter“ zu schreiben, um dann zwei Jahre später mit denselben Fingern auf nüchternem, schwarz-weiß gehefteten Kanzleipapier dem Klassenkampf des Proletariats für die Dauer des Krieges abzusagen — die Vorstellung ist einfach undenkbar. Und was würde derselbe Marx, der seine ersten Lorbeeren gewann, indem er der Zensur einen Kampf auf Leben und Tod machte und einen ehrenvollen Untergang einem entfesselten Dasein vorzog, was würde dieser Marx zu den Moralpauken sagen, mit denen mehrere Parteizeitungen unser tapferes kleines Blatt in Gotha überschüttet haben, weil es sich nicht tief genug vor der Zensur gebeugt hätte? Sollte Marx sich die kleine Szene vom Olymp aus angesehen haben, so hat er sicherlich seine Löwenmähne verwundert geschüttelt. Was unserem Gothaer Parteiblatt vor ein paar Wochen passierte, das ist ihm ja schon im Jahre 1843 mit der „Rheinischen Zeitung“ passiert, aber selbst der verstockteste vormärzliche Philister hat ihn nicht mit einer Moralpauke wegen mangelnder Ehrfurcht vor der Zensur belästigt. Den Teufel auch! Eine solche Höhe patriotischer Gesinnung will erklimmen sein.

Von der Pressefreiheit dachten unsere Altmeister hoch, und sie stellten strenge Anforderungen an den Mut der Presse, Anforderungen, denen sie selbst auch immer gerecht geworden sind! Als sich im Jahre 1870/71 die ersten, noch äußerst schüchternen Ansätze eines „Burgfriedens“ bemerkbar machten, behandelte Marx die „Presse- und Redefreiheit in Deutschland“ in dem schon erwähnten Briefe, den er am 16. Januar 1871 an die „Daily News“ richtete; man kann den ungemein erfrischenden Text in der „Neuen Zeit“ nachlesen, im zweiten Bande des

zwanzigsten Jahrgangs. Wie bitter hat sich Marx über die liberale Presse der fünfziger Jahre ausgelassen, als sie in Angst und Zittern vor Mantouffels Polizeistod bebte, so bitter, daß sich seine Worte für den „guten Ton“ unserer gesitteten Zeit gar nicht mehr schicken; wir beschränken uns darauf, den mildesten seiner Sätze zu zitieren: „Sie hatte in breitspurigen Zügen auf ihre Fahne geschrieben: Sicherheit ist die erste Bürgerpflicht, und unter diesem Zeichen wirst du — leben.“ Wehlich Lassalle, als die liberale Presse sich in den sechziger Jahren ohne jeden ernsthaften Widerstand den Prekordonanzen Bismarcks fügte, und auch hier können wir nur den mildesten Satz zitieren: „Eine Partei, die ihre wichtigste Position nicht mit ihren Toten zu bedecken weiß, um sie zu verteidigen — eine solche Partei hat keine Möglichkeit des Sieges für sich.“

Allerdings bezogen sich diese Kritiken unserer Altmeister immer nur auf die liberale Presse; während ihres Lebens, und noch einige Jahrzehnte danach, war kein Anlaß gegeben, ihre Ansicht von den Aufgaben der Presse gegenüber den Parteiblättern kritisch zu betätigen. Im Kampfe zu leben oder im Kampfe zu sterben war ihnen ein gleich ehrenvolles Los für die Presse; ja sie erklärten wohl, mit Ehren zu sterben sei in politischen Partekämpfen oft das Wichtigste, aber die Wirkungen einer zensurierten Presse hat schon der junge Marx in seinen ersten Arbeiten mit ebenso düstern wie wahren Farben geschildert.

\* \* \*

Im „Hamburger Echo“, der fahnenflüchtigsten Fahne der Instanzenpolitik, hieß es jüngst, die „Quertreiber“ liefen nörgelnd und polternd hinter dem Wagen der Arbeiterbewegung her. Die Phrase war nicht eigenes Nachwort, aber immerhin glücklich aus dem offiziellen Phrasenmeer aufgefischt. Sie stammt von einer feilen Dirne Bismarcks, die damit ihren jahrzehntelang angebeteten Herrn und Meister in die Ferse stach, als er beim Kaiser in Ungnade fiel. Nun sollte Bismarck nörgelnd und polternd hinter dem Wagen der Reichspolitik herlaufen.

Aber mit solchem giftigen Insekt ist nicht zu spaßen. Indem die Instanzenpolitik es für ihre Zwecke ummodelliert, wird sie selbst von ihm in die Ferse gestochen. Will sie heute recht haben, so ist sie mehr als vier Jahrzehnte nörgelnd und polternd hinter dem Wagen der Reichspolitik hergelaufen. Wenn man der Regierung für die Führung eines Krieges, von dem man tausendmal vorausgesagt hat, daß er in absehbarer Zeit kommen muß und jeden Tag kommen könne, zwanzig Milliarden und weiße Karte für ihre Politik bewilligt, so durfte man derselben Regierung nicht Jahr für Jahr „jeden Mann und jeden Groschen“ verweigern, den sie verlangte, um für den Krieg gerüstet zu sein. Hier heißt es: Entweder — oder!

Mit anderen Worten: die Instanzenpolitik ist der vollständigste Bruch mit dem geistigen Erbe unserer Altmeister, mit der ganzen Geschichte und allen bisherigen Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie. Ihre logische Folge wäre eine nationalsoziale Arbeiterpartei, die sich mit dem Militarismus und der Monarchie versöhnt und sich mit demjenigen Maße von Reformen begnügt, das auf dem Boden der

kapitalistischen Gesellschaft für das Proletariat zu erreichen ist. Diejenigen Vertreter der Instanzenpolitik, die diese unabweisliche Schlußfolgerung ziehen, sind ihre klareren und zugleich ungefährlicheren Köpfe.

Dagegen wäre es gleichbedeutend mit einer Vergiftung der Arbeiterbewegung auf unabsehbare Zeit, wenn der klaffende Riß, der die Gegenwart von der Vergangenheit trennt, mit tönenden Schlagworten verkleistert und vertuscht, wenn die Arbeitermassen in eine Selbsttäuschung gejagt werden könnten, die ihnen das Blut aus den Adern und das Mark aus den Knochen saugen müßte. Gegen dies Grauen aller Grauen, das Mark als „Sich-selbst-Verfälschen“ und Passalle als „Umlügen einer Situation“ gebrandmarkt hat, muß man sich um die Fahne unserer Altmeister sammeln, mit der Losung Passalles: Hier unser Banner und dies unsere Ehre!



## Literarische Rundschau.

### Perspektiven und Projekte.

Die jüngste Broschüre Kautskys: Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund (Münchener, Fränkische Verlagsanstalt) ist zum Teil nur Wiederholung, zum Teil aber eine Ergänzung der Äußerungen, die er in verschiedenen Artikeln der „Neuen Zeit“ zum gegenwärtigen Kriege getan hat.

Zunächst untersucht Kautsky das Wesen und die historische Rolle des Nationalstaates und weiß von ihm eine Menge Dinge zu erzählen, von denen kein Mensch bisher etwas wußte. So erfahren wir, daß der Nationalstaat sowohl eine unabweiße logische Konsequenz der „modernen großstaatlichen Demokratie“, wie auch umgekehrt ihre unentbehrliche Grundlage ist. Nationalstaat und „moderne Demokratie“ — zweieinig sind sie, nicht zu trennen. Wir erfahren ferner, daß Oesterreich z. B. nur dadurch demokratisch zu regenerieren sei, daß es als Einheitsstaat in einen Bund von Nationalstaaten aufgelöst wird, daß auch von den „Grenzvölkern Rußlands“ eine solche Auflösung in Nationalstaaten „gefordert wird“ u. dergl. Während nach der bisherigen Auffassung der Sozialdemokratie die ganze nationale Phrasologie sowohl in Oesterreich wie in Rußland wie in Deutschland und überall vorzugsweise dazu diente, durch Verwirrung des Klassenkampfes die Geschäfte der Bourgeoisie und ihrer Klassenherrschaft zu besorgen, erleuchtet uns Kautsky, daß die nationalen Kämpfe innerhalb des heutigen Staates nur aus „dem demokratischen Empfinden“ fließen und um so stärker hervortreten, je stärker dieses Empfinden ist.

Bei Kautsky verschwindet also vollständig die Auffassung des Nationalstaates als einer vorübergehend geschichtlich bedingten Phase der bürgerlichen Klassenherrschaft, einer Phase, die vom Imperialismus längst überwunden und am deutlichsten gerade in dem gegenwärtigen Weltkrieg zu Grabe getragen wird. Für Kautsky ist der Nationalstaat ein Schema der modernen Demokratie und als solches zugleich das Zukunftsideal, ja, das Programm der Sozialdemokratie! „Von der bürgerlichen Demokratie hat die Sozialdemokratie das Streben nach dem Nationalstaat übernommen“, fabuliert Kautsky (S. 11), obwohl bis jetzt nicht eine einzige sozialdemokratische Partei bekannt ist, die ein solches „Streben“ auf ihr Programm geschrieben hätte und obwohl bis jetzt, umgekehrt, das Zusammenschweißen der Proletarier ohne Unterschied der Nationalität in jedem Staate zum gemeinsamen Klassenkampf mit gemeinsamem Programm, im Gegensatz zu kleinbürgerlichen Nationalbestrebungen, als die Aufgabe der Sozialdemokratie betrachtet wurde. Die Sozialdemokratie erkannte freilich nach der Formulierung des Londoner Internationalen Kongresses aus dem Jahre 1896 „das Selbstbestimmungsrecht jeder Nationalität“ an. Aber zwischen dieser Formel und dem „Streben zum Nationalstaat“ liegt eben der ganze Abgrund, der sozialistische Grundsätze von bürgerlichen politischen Programmen trennt. Seine verblüffende Entdeckung konnte Kautsky nur fertig bringen, weil er einfach in der blauen Luft der Abstraktion Nationalstaat und Demokratie

identifiziert. Und da „Demokratie“ natürlich von der Sozialdemokratie „erstrebt“ wird, so ergibt sich daraus auf die einfachste Art von der Welt, daß wir auch nach dem Nationalstaat „streben“ müssen.

Was ist nun aber eigentlich jene „moderne Demokratie“, die das Ziel unserer Sehnsucht sein soll? Die Antwort darauf gibt — so wird der Leser meinen — das Minimalprogramm der Sozialdemokratie. Weit gefehlt! Kautsky nennt „moderne Demokratie“ — den heutigen bürgerlichen Parlamentarismus! Der heutige preußisch-deutsche Halbabsolutismus z. B. muß uns schon nach diesem Schema als „moderne Demokratie“ erscheinen.

Denn hören wir ihn erzählen:

„In dem gleichen Zeitraum, in dem sich jene beiden Riesenreiche (Großbritannien und Rußland) bildeten, entstanden aber schon die materiellen Bedingungen, die Demokratie über das Reich der Gemeinde oder der Markgenossenschaft hinaus in einem größeren Staate zu verwirklichen und damit die primitive Demokratie durch die moderne zu ersetzen. Dies wurde erreicht durch die Entwicklung des Verkehrs, des Buchdrucks sowie durch die Verallgemeinerung des Lesens und Schreibens. — Gleichzeitig bildete sich der moderne Großstaat mit einer zentralisierten Bureaucratie und einer festen Zollgrenze. Zunächst verstärkte er die Macht der staatlichen Zentralgewalt, die eine absolute wurde. Aber die Entwicklung des Verkehrs und der Presse ermöglichte es immer mehr der Bevölkerung des ganzen Staates, Taten und Unterlassungen der Zentralgewalt tadeln zu lernen, sie zu diskutieren, zu kritisieren. Dieses Gehaben der Zentralgewalt wurde zugleich immer wichtiger für jeden einzelnen, das Reich der Staatsgewalt wuchs. Da entstand der Drang, auf sie Einfluß zu nehmen durch ein System von Repräsentanten, Vertretern, die von der Masse gewählt und kontrolliert wurden. So entwickelte sich die moderne Demokratie, deren wesentlichste Merkmale der Parlamentarismus, die Presse und große, das ganze Reich des Staates umfassende Parteioorganisationen bilden.“ (S. 8.)

Wir haben dieses Prachtstück der materialistischen Auffassung im Wortlaut hierher gesetzt, damit der Leser sieht, wie hübsch man die Entstehung des bürgerlichen „Rechtsstaates“ ohne den weitläufigen Apparat von Klasseninteressen, ökonomischen Umwälzungen usw. aus der Entwicklung „des Verkehrs und der Presse“ erklären kann. „Die moderne Demokratie“ erscheint auf diese Weise, ganz wie ihre würdige Ergänzung, der Nationalstaat, nicht als profanes Stück bürgerlicher Klassenherrschaft, mit allen Schlägen ihres irdisch beschränkten Daseins und mit deutlichen Spuren des Verfalls, sondern im blauschimmernden Duft der Abstraktion und in das dauerhafte Dasein eines Ideals gehüllt. Wir leben ja, wie Kautsky an einer anderen Stelle (S. 77) sagt, „im Zeitalter der zunehmenden Demokratie“. Freilich, ein Ideal wird diese unsere „moderne Demokratie“ erst, wenn wir den reinen Nationalstaat bekommen. So könnte „die volle Demokratie“ in Deutschland „mit seinen Polen, Dänen, Franzosen“ gar nicht verwirklicht werden, denn „ein polnischer Poltiker oder eine polnische Zeitschrift oder ein polnisches Buch mögen auch noch so eindringlich, überzeugend und bedeutend zu uns in ihrer Sprache sprechen, sie werden vielleicht auf Polen auch außerhalb Deutschlands wirken, nie auf das deutsche Volk. Im Wirken auf das Volk und durch das Volk besteht jedoch das Wesen der Demokratie.“ (S. 9.) Und deshalb existiert „innerhalb jedes solcher Nationalstaaten (in die die heutigen Großstaaten zerfallen müssen) ist dann volle, nicht bloß formelle, sondern wirkliche und wirksame Demokratie möglich.“ (S. 11.)

„Ist du nun Worte, lieber Leser?“  
Aber das holde Zwillingpaar hat auch noch ein kleines Schwesterchen, von dem es unzertrennlich ist. Die Miliz! „Der Nationalstaat . . . setzt

jeder Minderung oder Verringerung seines Gebiets durch eine fremde erobernde Macht den energischsten, dauernd kaum überwindlichen Widerstand in dem starken demokratischen Leben seiner Bewohner entgegen; andererseits findet dieser Staat in dem Umfang des zusammenhängenden Gebiets der Nation seine Grenze, die er ohne Schädigung seiner selbst nicht überschreiten kann. Alles das bewirkt, daß für seine Existenz die Kraft seiner Demokratie wichtiger wird, als die Kraft seiner Armeen, die für einen geschlossenen Nationalstaat, wenn er ein solcher bleiben will (dies „wenn“ ist gottvoll!) rein defensiven Charakter bekommen. Gleichzeitig mit der Idee der modernen Demokratie und des Nationalstaates (bei Kautsky steht hier, was ein augenscheinlicher Druckfehler: Nationalitätenstaates) erwächst die Idee der modernen Demokratie. Sie werden alle drei von den gleichen Parteien und Volksklassen getragen.“ (S. 16.) Kautsky selbst gehört übrigens zu diesen Parteien und Volksklassen nicht, denn einige Seiten später, als es gilt, das Friedensprogramm der Sozialdemokratie aufzustellen, vergißt er seine Miliz ganz und gar und fordert — die „Abrüstung“ auf die Hälfte des heutigen Bestandes der stehenden Armeen.

Und nochmals, lieber Leser, hast du Worte? Es fragt sich: wo sind oder waren denn all die hübschen Sachen, die Kautsky uns da vormalt, auf Erden zu sehen? Ist etwa Deutschland seit 1870 oder Italien jener „Nationalstaat“ mit defensiver Milizarmee und wachsender Demokratie? Ist der demokratische Staat Europas und derjenige, der sich der Miliz am meisten nähert: die Schweiz, ein Nationalstaat? Ist der demokratischste außer-europäische Staat, die Vereinigten Staaten Nordamerikas ein Nationalstaat? Es fragt sich: hat Marx nicht etwa „auf das Volk und durch das Volk“ in zahllosen Ländern gewirkt, obwohl er nur „in seiner Sprache“ sprach? Es fragt sich endlich: hat die Sozialdemokratie nicht stets behauptet, daß „volle, nicht bloß formelle, sondern wirkliche und wirksame Demokratie“ erst dann denkbar ist, wenn ökonomische und soziale Gleichheit, d. h. sozialistische Wirtschaftsordnung verwirklicht, daß die „Demokratie“ des bürgerlichen Nationalstaates hingegen in letzter Linie stets mehr oder weniger Humbug ist?

Doch lassen wir jetzt den Nationalstaat und die Demokratie mit samt der Miliz, von denen man die ganze Zeit nicht weiß, ob Kautsky sie als existierende historische Verhältnisse konterfeit, oder als rosige Wolken seiner Phantasie. Sie sind jedenfalls nur Vorbereitung zur entsprechenden Behandlung des Imperialismus.

Was ist Imperialismus? Imperialismus — das ist bloß eine garstige „Methode“. Das ist eine Methode, mit Gewalt und ähnlichen häßlichen und verwerflichen Mitteln das zu erreichen, was an sich legitim und notwendig, aber „viel besser“ durch andere Methoden, nämlich durch die „Demokratie“ zu erreichen ist. Kautsky erkennt in dem Ausdehnungsdrang des Kapitals das legitime Bedürfnis der modernen Entwicklung; bloß die Mittel, die imperialistischen Methoden will er befeitigen und damit dem Imperialismus, dem Wetttrüben, der Kolonialpolitik „den schlimmsten Stachel“ nehmen.

Aber hinwiederum, wenn wir uns die Sache ganz genau ansehen, so gibt es beinahe gar keinen Imperialismus. Denn entweder ist das, was jetzt als solcher erscheint, noch nicht Imperialismus, oder es ist mit ihm schon vorbei.

England? Nun, dessen Kolonien waren erobert „lange vor der imperialistischen Periode“, und jetzt beruht z. B. der südafrikanische, der kanadische, der australische Bund auf reiner Demokratie. Gegen eine solche „Staatenart“ könnten wir kaum etwas „einwenden“.

Südafrika, Ägypten, Algerien, Persien nähern sich immer mehr „dem Stadium der modernen Demokratie“, und deshalb kommen diese Gebiete als

Objekt des Imperialismus „nicht mehr“ in Betracht (S. 54). Rußland? Dieses kann natürlich „noch nicht“ Imperialismus treiben, denn es bedarf selbst noch der Kapitaleinfuhr. Oesterreich? Eigentlich kann es auch „noch nicht“ imperialistische Ziele verfolgen, da es ebenfalls noch selbst des Kapitalimports bedarf; zugleich ist es aber auch schon über diese Ziele hinaus: sein „zeitweiser“ imperialistischer Drang nach Saloniki „hat längst aufgehört“. Sein Konflikt mit Serbien aber ist gar nicht imperialistischen Charakters. Beweis: es liegen ihm agrarische Interessen zugrunde, Serbien seinerseits ist „noch weit von jeder imperialistischen Tendenz“ entfernt, es befindet sich im Stadium „des Nationalstaates“. China? Es nähert sich auch mit Siebenmeilenstiefeln „dem Stadium“ der modernen Demokratie alias des Nationalstaates, also auch hier wird „jede imperialistische Politik unmöglich“ (was die verblendeten Japaner, die die „Neue Zeit“ nicht lesen, in diesem Moment offenbar gar nicht ahnen).

Mit einem Wort, wohin wir blicken, ist es mit dem Imperialismus nichts oder seine Lage sind gezählt, denn überall wird er durch die zunehmende „Demokratie“ verdrängt. Halt, die Türkei! Das war allerdings ein Objekt des Imperialismus, namentlich des deutschen. Die Türkei drohte denn auch zum Wetterwinkel des imperialistischen Weltkrieges zu werden. Allein auch hier war jaust vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges alles „geregelt“. Er brach in einem Moment aus, in dem „sein einziger imperialistischer Streitpunkt existierte“ (S. 63).

Hat so der Imperialismus schon vor dem Krieg gar nicht existiert, so wird er nach dem Kriege — das hat Kautsky schon im September vorigen Jahres prophezeit — erst recht aufhören zu existieren. „Der Export der Kapitalien aus den Industriestaaten, diese Quelle des Imperialismus und damit letzte Ursache des Krieges, hört, zunächst wenigstens, auf.“ Denn einerseits werden die europäischen Industriestaaten nach dem Kriege „andere Sorgen haben“ als Imperialismus zu treiben, andererseits „entziehen sich“ die Agrarstaaten immer mehr der Ausbeutung durch den Imperialismus („Neue Zeit“ Nr. 23, S. 970). Also war der ganze Imperialismus und namentlich der gegenwärtige Weltkrieg im Grunde genommen „viel Lärm um nichts“. Wie brach denn der Krieg nach alledem aus? Na, eben — „bloß aus dem Betrübten und der Mobilisierung!“ (S. 65.)

Wozu all diese Gymnastik, fragst du, lieber Leser? Wozu so viel edler Schweiß und Mühe, um allgemein bekannte Tatsachen, die jetzt in denassen gellen, zu bestreiten? Die Antwort gibt uns Kautsky mit der folgenden Entdeckung: wer „behauptet, der Imperialismus sei im jetzigen Stadium der kapitalistischen Produktion für diese unerlässlich“, der „besorgt damit die Geschäfte der Imperialisten“, „erhöht ihren geistigen Einfluß in der Volksmasse und damit ihre Macht“ (S. 22). Also „behauptet“ Kautsky das Gegenteil. Er „behauptet“, daß der Imperialismus gar nicht ökonomisch notwendig, sondern „nur eine Machtfrage“ sei, daß die Ausbehnung des Kapitals „am besten“ nicht durch die gewalttätigen Methoden des Imperialismus, sondern „durch die friedliche Demokratie“ gefördert werde. (S. 70.) Wie einfach und einleuchtend! Marx behauptete, daß die Kapitalherrschaft auf einer gewissen Stufe eine unerlässliche ökonomische Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung sei, damit besorgte er natürlich die Geschäfte der Kapitalisten, erhöhte ihren geistigen Einfluß und ihre Macht. Engels behauptete, die Aktiengesellschaften seien eine ökonomische Notwendigkeit der kapitalistischen Produktion, und besorgte damit die Geschäfte der Aktionäre, erhöhte wohl ihre Dividenden. Die Sozialdemokratie behauptete bis jetzt, daß der heutige Militarismus eine historische Notwendigkeit als Werkzeug der kapitalistischen Klassenherrschaft sei, und besorgte damit die Interessen der Militaristen, erhöhte ihren Einfluß und ihre Macht. Das ist alles sonnenklar, und Lassalle kann sich mit seinem „Ausprechen dessen, was ist“ nochmals begraben lassen.

Nur vergißt Kautsky, daß uns keine rettende Entdeckung von der Nichtnotwendigkeit des Imperialismus, der „nur“ eine Machtfrage sei, schließlich mageren Trost gewährt. Denn „die Macht“ ist — wie Engels seinem Dühring einst auseinandergesetzt hat — auf großen historischen Streben gleichfalls ein ökonomischer Faktor und hat ihre Wurzeln in ökonomischen Notwendigkeiten. Kautsky vergißt ferner, daß „die Methode“ des Imperialismus, die er als höchst äußerliches garstiges Beiwerk des heutigen Kapitalismus abschaffen will, für diesen wesentlich ist. Er sieht nämlich, wenn er von der Gewalttätigkeit der imperialistischen Methoden spricht, selbst nur die äußere geräuschvolle, kriegerische Erscheinung des Imperialismus. Er vergißt, daß das, was ihm als die „friedliche“ und „demokratische“ Kapitalexpansion besser gefällt: die Eisenbahnbauten und die Einführung des Warenhandels in zurückgebliebenen Ländern, daß dieser Prozeß gleichfalls, nur im stillen, von einem fortlaufenden gewalttätigen Zusammenbruch der vorhandenen sozialen Organisation unter unaufhörlichen gewalttätigen Eingriffen des Staates begleitet wird. Er vergißt vollständig, daß auch der englische Freihandel, dessen Großtaten in China er in Gegensatz zum Imperialismus stellt und preist, sich die „offenen Türen“ am Gelben Meer mit Kanonenschländen und Greuelthaten des Krieges wie mit zahllosen stilleren Gewalttätigkeiten des Raubs und Betrugs von 1839 bis 1900 geschlagen hat. Mit einem Wort, die ganze Kautskysche Unterscheidung des legitimen ökonomischen Kerns und der häßlichen „gewalttätigen“ Schale, die man als etwas Zufälliges dem Kapitalismus ausreden möchte, ist bloße Spintifizierung am Schreibtisch. In der blutigen Wirklichkeit hat der Imperialismus weder Kern noch Schale, er ist beides mit einem Male; ökonomische Notwendigkeit und Gewaltmittel gehen hier Hand in Hand und wechseln alle Augenblicke die Stellen. Beide sind nur zu überwinden durch die Beseitigung des Kapitalismus. Kautskys Plan, den heutigen Imperialismus zu zivilisieren, zu „demokratisieren“ und friedlich zu machen, ihm „den Stachel“ zu nehmen, läuft schließlich so ungefähr auf die Davidische „sozialistische“ Kolonialpolitik hinaus. Das Utopische all solcher Bestrebungen, dem Tiger die Krallen zu beschneiden und ihm einzureden, daß er sich im eigenen Interesse „am besten“ von Honig und Gemüsen nähren soll, springt schließlich in die Augen. Und wenn die Davids ihre kleinbürgerlichen Utopien lange Jahre vor dem heutigen Kriege ausspannen, so ist es viel verwunderlicher, daß Kautsky heute gerade im Blick und Donner der großen weltgeschichtlichen, vom Imperialismus heraufbeschworenen Katastrophe einen Anlaß findet — munter und unverdrossen, wie eine junge Zikade im Grase — sein Liedlein von der „Abrüstung“, vom „Nationalstaat“, von der „demokratischen Entwicklung“ und vom Freihandel als den nächsten Zukunftsperspektiven des Kapitalismus „in dessen eigenem Interesse“ zu singen. Eine verkehrtere geschichtliche Perspektive zur Orientierung des Proletariats läßt sich offenbar aus dem heutigen Weltkriege nicht ableiten.

Aber diese wunderliche Geschichtsauffassung hat eine sehr ernste praktische Seite. Es ist klar, daß das Wiedererwachen, in den Reihen der Sozialdemokratie in Deutschland wie anderwärts, zum internationalen Klassenbewußtsein sich in dem Maße vollzieht, als die Arbeiter sich vom Bann der nationalistischen Hypnose freimachen, in die sie von den herrschenden Klassen wie von den eigenen Parteiführern während des jetzigen Kriegsgemehels hineingetrieben worden sind, in dem Maße, als sie sich über den imperialistischen Charakter des Krieges und die ihnen daraus erwachsenden großen Aufgaben klar werden. Nun liefert Kautsky einerseits gerade jetzt mitten in den nationalistischen Orgien der Kriegsbeher eine überschwängliche Apologie des Nationalismus, die stärkste Betonung des nationalistischen Gedankens, den er mit „demokratischem Empfinden“ identifiziert, andererseits löst er den Imperialismus als historische Phase in theoretischen Dunst auf. Und als Moral von der Geschichte: ein „Friedensprogramm“ der Sozialdemokratie, das neben der Ablehnung der Annexionen die „Abrüstung“ auf die Hälfte oder auf ein Viertel — wie es vorigen September in der „Neuen Zeit“ Seite 971 hieß — und einen europäischen Staatenbund oder Zollverein

mit freihändlerischen Handelsverträgen umfaßt. Also neue Rezepte und Projekte! Statt Aktion, statt Klassenkampf hält Kautsky für unsere dringendste Aufgabe in dieser Situation, Ratschläge an die bürgerliche Gesellschaft zu erteilen, wie sie durch Demokratie, Freihandel und hübsche kleine Defensivkriege „am besten“ ihre eigenen Geschäfte besorgen kann, so zwar, daß bei diesem sanft pladernden geschichtlichen Feuer auch das Stipplein der Proletariats unmerklich gar gefocht wird. Daß er uns diese freundlichen Ausichten nach dem Kriege, die den Imperialismus und das Betrüsten „ablösen“ könnten, als die heilige Allianz der „Imperialisten“, also wohl das Gegenteil von Demokratie und Freihandel und eher als eine Ära der schwärzesten Reaktion ausgemalt hat („Neue Zeit“ vom 11. September v. J., S. 922), tut wohl nichts zur Sache. Daß sein Staatenbund alias Zollverein nichts als ein Abklatsch des früher von Prof. Julius Wolff, von Max Schippel, jetzt wieder von den offiziellen Herolden des Imperialismus, den Lisch, Lisch u. a. immer wieder vorgerittenen Projekte der reaktionären Zollpolitik mit einer Spitze bald gegen die Vereinigten Staaten Amerikas, bald gegen England ist, scheint Kautsky auch nicht weiter zu genießen.

Kautsky zieht in seiner Broschüre gegen „die Rechte“ der Partei, gegen die Sozialimperialisten ins Feld. Ihnen will er durch seine historische Perspektive das Wasser abgraben. Zugleich unterläßt er nicht, um sich seinen „zentralen“ Punkt zu wahren, gegen die „äußerste Linke“ ein paar schneidige Lusthiebe zu führen. Er denunziert sie nämlich als Leute, die erstens streben, den Parlamentarismus durch den „Massenstreik“ zu „erlösen“<sup>\*)</sup>, zweitens als Leute, die dem Imperialismus den Sozialismus entgegenzusetzen wollen, „d. h. nicht bloß seine Propagierung, die wir seit einem halben Jahrhundert allen Formen der kapitalistischen Herrschaft entgegensetzen, sondern seine sofortige Durchführung“ (S. 57). Kautsky würde wohl in nicht geringe Verlegenheit geraten, wenn ihn jemand in aller Höflichkeit am Kragen packen und ersuchen würde, doch gefälligst genau anzugeben, wer, wo, wann in der Partei den Parlamentarismus durch den Massenstreik „erlösen“ wollte, oder den Raub zu nennen, der eine „sofortige Durchführung“ des Sozialismus fordert.

Wie Kautsky als erster den Hehruf gegen die „Quertreiber“ ausstieß, indem er sofort nach Ausbruch des Krieges gegen die „Eigenbrödelei“ und die „Kritik“ als die ärgsten Verbrechen warnte („Neue Zeit“ vom 21. August 1914, S. 846), so leistet er auch jetzt der Rechten treffliche Dienste, indem er von den Ansichten und Absichten der „Quertreiber“ mit freier Phantasie ein abgeschmacktes Zerrbild verfertigt.

Aber noch mehr ist seine ganze Theorie, die er jetzt in der Broschüre wie in der „Neuen Zeit“ vertritt, geeignet, den Sozialimperialisten, die er bekämpfen will, das Werk zu erleichtern, indem sie in den Parteien die größte Verwirrung in bezug auf die historische Situation, ihre wahren Tendenzen und die Aufgaben der Arbeiterklasse verbreitet. Und deshalb sind diese breiten schillernden theoretischen Spinnereien gefährlicher als die „Neuorientierungen“ der Heine, Südekum, Haenisch und wie sie alle heißen. Während diese durch ihr krasses Auftreten vor sich selbst genügend warnen, sind die Kautskyschen Theorien wohl fähig, zwar nicht den Militarismus und Imperialismus, aber der Sozialdemokratie „den Stachel“ zu nehmen.

Uebrigens schließt Kautsky seine Broschüre mit einer hübschen Wendung. Der imperialistischen „Methode“ müßten wir „entschiedene Bekämpfung“ angedeihen lassen. „Je gewaltiger der Widerstand der Arbeiter, desto un-

<sup>\*)</sup> Über dieser Erlaß stellt sich bei näherer Einsicht als eine Form der primitiven Demokratie heraus. Das gilt auch von der direkten Gesetzgebung durchs Volk wie von ihrer energiereicheren Art, dem Massenstreik (S. 22). Der Massenstreik als „Wort“ der direkten Gesetzgebung durch das Volk und als solche eine „Form“ der Markgenossenschaft, — heiliger Nepomut, ist das ein Wortgebimmel! . . .

überwindlicher die Schranken, die dem Kapital hier in den Weg gelegt werden“, um so mehr wird sich das Kapital gezwungen sehen, sowohl in den Formen der Ausbeutung wie in der auswärtigen Politik lobenswerte demokratische Psode zu wandeln und sich zu bessern. Wie dem immer sei, jedenfalls ist es klar, daß der „gewaltige Widerstand“ und „die unüberwindlichen Schranken“ gegen den Imperialismus wohl anders aussehen, als die heutige Haltung der Parteinstanzen und die eigene Haltung Kautskys seit Ausbruch des Krieges. So hat Kautsky unversehens zum Schluß ein scharfes Urteil über die offizielle Taktik der Sozialdemokratie gesprochen. Und diese Schlußwendung ist so ziemlich die einzige, die in seiner Schrift ganz einwandfrei ist.

M o r t i m e r.

### Ein plumper Täuschungsversuch.

Unter dem Titel: *Partei-Zusammenbruch?* (Berlin, Vorwärtsverlag) hat Heinrich Cunow ein „Offenes Wort zum inneren Parteistreit“ veröffentlicht. Dies „Offene Wort“ ist nichts anderes als ein plumper Versuch, über das Wesen des „inneren Parteistreits“ hinwegzutäuschen.

Soweit von einem „Partei-Zusammenbruch“ gesprochen worden ist, erblicken die sogenannten „Quertreiber“ ihn darin, daß die Partei, nachdem sie den imperialistischen Weltkrieg mit tödlicher Sicherheit tausendmal vorausgesagt und sich für den Fall seines Eintritts in feierlichster Weise auf eine bestimmte Politik festgelegt hatte, das genaue Gegenteil dieser Politik treibt, seitdem er tatsächlich entbrannt ist. Das ist der Kern des „inneren Parteistreits“, und über ihn verliert Cunow weder ein „offenes Wort“, noch auch nur ein verstecktes. Er spiegelt den unglücklichen Lesern seiner Schrift vor, die Opposition sei entrüstet, weil „die deutsche Sozialdemokratie nicht den Erwartungen entsprochen habe, die die Betreffenden an sie gestellt“ hätten. Nein, Genosse Cunow, der „innere Parteistreit“ ist entbrannt, weil die offizielle Parteipolitik nicht den Erwartungen entsprochen hat, die sie selbst durch eine Reihe der feierlichsten Kundgebungen, in vollkommen genauer Voraussicht der Dinge, die kommen würden, an sich selbst gestellt hat.

Indem Cunow die Dinge auf den Kopf stellt und aus den „Quertreibern“ eine Rotte enttäuschter Illusionäre macht, rückt er gegen dieses Phantom mit den ältesten Ladenaufwärtigern aus der Praxis und Theorie des Marxismus ins Feld. Daß Marx und Engels zur Zeit des kommunistischen Manifestes und auch noch später die Abwirtschastung der kapitalistischen Produktionsweise in viel zu großer Nähe gesehen, aber daß sie 1850 das Abflauen der Revolutionsflut rechtzeitig entdeckt haben, daß der Arbeiter nicht nur einer Klasse, sondern auch einer Nation angehört, daß die Nationen „einfach geschichtliche Erzeugnisse“ seien usw. usw. — alles das beweist Cunow mit einer Wucht, die Max Cohen und Max Grünwald, Heinrich Schulz und Konrad Haenisch zu ellenlangen Begeisterungsartikeln über diese funkelneulernen Entdeckungen hingerissen hat. Aber die „Quertreiber“ haben nicht das Glück, auch nur einen dieser bewährten „Marxisten“ in ihren Reihen zu zählen; sie haben sich die Weisheit Cunows längst an den Schuhsohlen abgelassen. Auch mit seinem Nachweis, daß der Imperialismus eine geschichtlich notwendige Entwicklungsstufe des Kapitalismus sei, schlägt Cunow nicht die „Quertreiber“, sondern seinen Waffenbruder Kautsky aufs Haupt. Siehe die vorstehende Besprechung von Kautskys neuester Schrift!

Von der Leichtherzigkeit, mit der Cunow gearbeitet hat, nur noch ein Beispiel. Um zu beweisen, daß Nationen „einfach geschichtliche Erzeugnisse“

seien, beruft er sich auf einige Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“, worin Marx den südslawischen Nationalitäten Oesterreichs die geschichtliche Entwicklungsfähigkeit abgesprochen haben soll. Nun sind diese Artikel gar nicht von Marx, sondern von Engels verfaßt, wie Cunow wissen müßte, wenn er sich mit einiger Sorgfalt über sie unterrichtet hätte, und auch von Engels nicht als wissenschaftliche Abhandlung, sondern als heftige Abwehr der Dienste, die die südslawischen Völkerschaften Oesterreichs in den Revolutionsjahren der Gegenrevolution leisteten, wobei Engels das Kind mit dem Bade verschüttete und ihnen die geschichtliche Lebensfähigkeit absprach, die sie — seitdem bewiesen haben. So richtig also immer der Satz sein mag, daß Nationen „einfach geschichtliche Erzeugnisse“ seien, so ist doch die Art, wie ihn Cunow als „Marxist“ beweisen will, ein ebenso grobes Quidproquo wie seine Schrift überhaupt.

Im ganzen macht sie den Eindruck eines Elefanten, der zornigen Mutes durch offene Türen in leere Zimmer rennt; es steht zu fürchten, daß dies Schauspiel in den „Quertreibern“ nicht so feierliche Rührung erwecken wird, wie in den Grunwald und Genossen.

—ng.

